



NATIONALRATSABGEORDNETER

HERMANN GAHR



Weitental 37 | 6123 Terfens

0664 / 454 08 30

hermann.gahr@parlament.gv.at | www.gahr.at

GREIFBAR | ERREICHBAR | EINSETZBAR

Parlament Kompakt | Newsletter Nr. 59 | 26. April 2013

Liebe Funktionärinnen und Funktionäre, liebe Freunde!

Finanzrahmen

Der Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2017 wurde im Parlament erstmals diskutiert. Der Budgetfahrplan für die kommenden Jahre sieht einen Abbau des Defizits bis 2016 und einen leichten Überschuss von 0,2 Prozent des BIP im Jahr 2017 vor. Die gesamte Staatsschuldenquote soll bis 2017 von 73,4 Prozent (2012) auf 67 Prozent sinken und bis 2020 unter dem EU-Zielwert von 60 Prozent liegen. Mit diesem Finanzrahmen befindet sich Österreich weiterhin auf dem Konsolidierungspfad, der ein Garant für Stabilität ist.

Zypern-Hilfe

Im Nationalrat wurde in dieser Woche der Weg für die Zypern-Hilfe frei gemacht. Die Stabilitätshilfe des ESM liegt bei neun Milliarden Euro, das Geld wird in mehreren Tranchen bis 31. März 2016 bereitgestellt. Österreich hat damit im Gleichklang mit allen anderen Mitgliedstaaten der Eurozone agiert und damit ein Zeichen gesetzt, damit die gegenwärtige instabile Lage ein Ende findet. Die erste Auszahlung an Zypern wird in der ersten Mai-Hälfte erfolgen.

Maßnahmen gegen Schulschwänzen

Die Maßnahmen gegen Verletzungen der Schulpflicht wurden verschärft. Künftig liegt eine solche dann vor, wenn ein Schüler fünf Tage beziehungsweise 30 Stunden pro Semester oder an drei aufeinanderfolgenden Tagen unentschuldig fehlt. Der fünfteilige Stufenplan sieht in diesem Fall zunächst ein verpflichtendes Gespräch zwischen Schüler, Eltern und Lehrer vor, bei dem weitere Schritte zur Verbesserung der Situation vereinbart werden. Nutzt dies nichts, werden Schulleitung und schulinterne Berater beziehungsweise in weiterer Folge die Schulaufsicht hinzugezogen. Auf Stufe vier wird bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung die Jugendwohlfahrt eingeschaltet - bleibt all das ohne Ergebnisse, drohen Verwaltungsstrafen bis 440 Euro. Diese Regelung gilt bereits ab dem kommenden Schuljahr.

Nachholung der Polytechnischen Schule

Jedes Jahr verlassen mehrere tausend junge Menschen die Schule ohne Pflichtschulabschluss. Mit einem Antrag, der von allen sechs im Nationalrat vertretenen Parteien unterstützt wurde, wird jungen Menschen die Möglichkeit gegeben, dass sie einen erfolgreichen Abschluss machen können, obgleich sie bereits aus Altersgründen aus der Schulpflicht sind.

Mit dem Weiterbesuch von Pflichtschulen oder Polytechnischen Schulen im 9. und in einem freiwilligen 10. Schuljahr können vor allem jene, die, aus welchen Gründen auch immer, ein oder gar zweimal Klassen wiederholen mussten, im Rahmen des regulären Schulwesens – unabhängig von einem erfolgreichen Abschluss bestimmter Schulstufen – einen Pflichtschulabschluss machen.

Nachholung des Berufsschulabschlusses

Eine Novelle des Facharbeiter-Ausbildungsgesetzes ermöglicht es Erwachsenen ab 20 Jahren zukünftig, ihren Bildungsabschluss als ordentliche Schüler an Berufsschulen nachzuholen. Damit erhalten auch Personen ohne Lehrstelle in einem Unternehmen die Möglichkeit eines Berufsschulbesuchs als ordentlicher Schüler. Konkret geht es darum, die Durchlässigkeit des beruflichen Bildungswesens in Österreich zu fördern und den Fachkräftemangel einzudämmen.

Österreich hat EU-weit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit und auch wegen unserer heimischen Jobinitiativen werden wir als Vorbild gehandelt. Durch das neue Gesetz gehen wir einen weiteren Schritt in die richtige Richtung. Vor allem für junge Arbeitslose, die lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügen, ist diese Gesetzesänderung eine wichtige Initiative.

Wahl der Volksanwälte

Die Volksanwaltschaft wird teilweise neu zusammengesetzt. Die Freiheitlichen werden, da sie drittstärkste Fraktion im Parlament sind, ab 1. Juli einen Sitz erhalten. Die SPÖ tauscht ihr Mitglied aus und für die ÖVP wurde wiederum Gertrude Brinek nominiert. Sie wird sich auch in den nächsten sechs Jahren um viele Bürgeranliegen kümmern und genießt unser volles Vertrauen.

Steuernachforderungen von Pensionsbeziehern

Rund 150.000 Personen, die aus Deutschland eine Pension beziehen, werden aufgrund einer Gesetzesänderung in unserem Nachbarland damit rechnen müssen, Steuern nachzuzahlen. Das Finanzministerium wurde nun angehalten, eine zentrale Beratungsstelle zu schaffen, an die sich Betroffene wenden können.

Gewerbeordnung

Mit einer Novelle der Gewerbeordnung werden Unternehmensgründungen und Betriebsübernahmen erleichtert. Außerdem sind bürokratische Vereinfachungen insbesondere beim Betriebsanlagenrecht vorgesehen. Damit werden etwa "Public Viewings" in Wirtshäusern oder Gastgärten genehmigungsfrei, wenn sie nicht länger als vier Wochen dauern.

Außerdem wurde jene Lücke in der Gewerbeordnung geschlossen, die von der Schlecker-Nachfolgegesellschaft „dayli“ zuletzt für das Offenhalten am Sonntag genutzt worden war. Künftig ist der Warenverkauf nur dann erlaubt, wenn der „Charakter des Betriebes als Gastgewerbe“ gegeben ist.

Gesundheitsreform

Im Vorfeld lange zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung diskutiert und verhandelt, ist die heute beschlossene Gesundheitsreform ein Kompromiss, aber sie bietet auch eine große Chance. Konkret wird damit die gemeinsame Planung und Steuerung der kassenfinanzierten Arztpraxen und der von den Ländern verantworteten Spitäler beschlossen. Dies soll vor allem eine Kostendämpfung bringen.

Zur Umsetzung werden Zielsteuerungskommissionen auf Länder- und Bundesebene geschaffen. Sie sollen Verträge ausarbeiten, in denen festgelegt ist, welche Leistungen wo angeboten werden.

Am Sonntag wird in Tirol ein neuer Landtag gewählt. Es geht dabei um die Zukunft unseres Landes und um Stabilität. Mein Dank gilt allen Funktionärinnen und Funktionären sowie allen Helfern, die in den letzten Tagen und Wochen mit großem Einsatz für die Tiroler Volkspartei unterwegs waren.

Bitte motiviert in eurem Verwandten- und Bekanntenkreis möglichst alle, am Sonntag wählen zu gehen und unserer ÖVP die Stimme zu geben.

Mit freundlichen Grüßen



Tirol-Tag am 25. April im Parlament



NMS Kematen



HS Gries am Brenner